

Pressemitteilungen der SD Schweiz 2002

24.11.02 Asylinitiative – Schweizer Demokraten verlangen Nachzählung

Die Schweizer Demokraten (SD) sind enttäuscht über die äusserst knappe Ablehnung der Asylinitiative.

In Anbetracht des äusserst knappen Abstimmungs-Resultates der Asylinitiative verlangen die Schweizer Demokraten die landesweite Nachzählung der abgegebenen Stimmen. Nur so ist die Sicherheit gewährleistet, dass das Resultat unverfälscht ist.

Mit dem Wissen, die Hälfte der Bevölkerung auf ihrer Seite zu haben, werden die Schweizer Demokraten ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die Ueberfremdung und den Asylrechtsmissbrauch mit ganzer Kraft weiterführen.

19.10.02 SD-Parolen für die Abstimmung vom 24. November 2002

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Zentralvorstandssitzung vom 19. Oktober 2002 in Aarau folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November beschlossen:

Referendum Arbeitslosenversicherungsgesetz: Stimmfreigabe

Initiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“: einstimmig Ja.

Beim Arbeitslosenversicherungsgesetz obsiegte in einer Eventualabstimmung Nein gegen Ja. In der Schlussabstimmung wurde knapp Stimmfreigabe beschlossen.

Bei der Initiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“ war die überwiegende Mehrheit der Redner der Meinung, dass die Initiative viel zu wenig griffig und zu schwach sei, aber ein Ja immer noch besser als gar nichts sei.

Die Versammlung beschloss deshalb einstimmig folgende Forderungen an den Bundesrat:

- Sofort rigorose Grenzschutzmassnahmen. Schluss mit den Haufen von nachts unbewachten Grenzübergängen.
- Der Bundesrat soll rechtliche Massnahmen ergreifen, damit eine private Firma beauftragt werden kann, die Rückschaffung von abgewiesenen und kriminellen Asylbewerbern durchzuführen, da der Bund dazu offenbar nicht fähig ist.

5.9.02 Asylgesetzrevision: SD vermissen wirklich griffige Massnahmen

He. Mit der vorgeschlagenen Revision des Asylgesetzes versucht der Bundesrat einzig, im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung das Volk zu beruhigen. Mit der Bildung neuer Kategorien vorläufig Aufgenommener und dem Ausbau des Flughafenverfahrens weitet der Bundesrat das schweizerische Asylrecht sogar noch aus. Das Völkerrecht wird als Vorwand genommen, das Verfahren bei missbräuchlichen Asylgesuchen, die bei der Einreise per Flugzeug gestellt werden, zu verlängern.

Zudem befürchten die SD, dass mit der Einführung der sogenannten «humanitären Aufnahme» die Schweiz als Asylland noch attraktiver wird und dass die Asylzahlen noch weiter ansteigen werden. Es ist völlig unverständlich, abgewiesene Asylsuchende mit grosszügigen Integrationsmassnahmen besser zu behandeln als in der Schweiz Niedergelassene.

Die vorgeschlagene Drittstaatenregelung und das neue Finanzierungsmodell können als Schritt in die richtige Richtung aufgefasst werden, sofern diese Massnahmen auch konsequent umgesetzt werden.

Griffige SD-Vorstösse in der Herbstsession

In der kommenden Herbstsession wird SD-Nationalrat Bernhard Hess Vorstösse einreichen, wonach der Bundesrat gesetzlich verpflichtet werden soll, Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern von Asylsuchenden sowie Transitabkommen mit ausgewählten Staaten anzustreben und abzuschliessen. Im Weiteren soll der Bundesrat verpflichtet werden, jegliche staatliche Hilfe, insbesondere Entwicklungshilfe, an Staaten einzustellen, die sich bei der Rückführung ihrer Bürger, die in der Schweiz erfolglos ein Verfahren durchlaufen haben, weigern. Schliesslich wollen die SD den Bundesrat dazu anhalten, mit ausgewählten Staaten Abkommen in dem Sinne anzustreben und abzuschliessen, dass diese auch abgewiesene Asylsuchende aus unkooperativen Staaten des gleichen Teils von Afrika temporär aufnehmen.

All diese Vorstösse richten sich gegen Missbräuche vor allem von Staatsangehörigen aus Algerien, Nigeria, Guinea und Angola. Personen aus diesen afrikanischen Staaten sind in den letzten Monaten durch ihr aggressives Verhalten und ihre kriminelle Energie aufgefallen.

10.8.02 SD fordern Schutz der Schweizer Fahne

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern den Bundesrat auf, das Strafgesetzbuch dahingehend zu ergänzen, damit künftig das Beschädigen von Fahnen und Wappen der Eidgenossenschaft auch dann strafbar ist, wenn diese nicht von einer Behörde angebracht wurden. SD-Nationalrat und – Zentralsekretär Bernhard Hess wird deshalb in der kommenden Herbstsession eine Motion einreichen, welche auch privat gehisste Fahnen und Wappen unter strafrechtlichen Schutz stellt.

«Wer ein von einer Behörde angebrachtes schweizerisches Hoheitszeichen, insbesondere das Wappen oder die Fahne der Eidgenossenschaft oder eines Kantons, böswillig wegnimmt, beschädigt oder beleidigende Handlungen daran verübt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.» Dies regelt Artikel 270 des Strafgesetzbuches. Hingegen geniessen Fahnen und Wappen, die von Privatpersonen angebracht oder gehisst werden, keinen besonderen strafrechtlichen Schutz.

Den Stein ins Rollen für diese SD-Intervention brachte die Expo.02-Aufführung «Black Tell» im Juli 2002 auf der Arteplage in Murten, wo öffentlich eine Schweizerfahne verbrannt wurde. Dieser nicht nur für die SD geschmacklose und unerträgliche Akt hat viele heimatbewusste Schweizerinnen und Schweizer zutiefst beleidigt und gekränkt.

In zahlreichen Staaten (USA, Israel etc.) stellt die Beschädigung, Verbrennung oder Vernichtung der Nationalflagge und anderer Staatssymbole eine strafbare Handlung dar und wird von Amtes wegen verfolgt. Die SD-Motion bezweckt somit die Schliessung einer Gesetzeslücke, indem neu auch

Verbrennungen oder Verhuzungen von Schweizer Hoheitszeichen, welche von Privaten angebracht wurden, unter Strafe gestellt werden.

12.7.02 SD erwägen Strafklage gegen EXPO.02-Leitung

Die Schweizer Demokraten haben endgültig genug von den schweizerfeindlichen Machenschaften der EXPO.02-Leitung. Der neueste Tiefpunkt unserer Unkulturschaffenden ist die Aufführung des „Schwarzen Tell“, auf gut Neudeutsch „Black Tell“, an der EXPO.02. Nicht nur, dass unser Nationalheld in diesem Stück ein Neger ist, eine noch grössere, wohl kaum noch zu überbietende Verhuzung unserer Heimat stellt das Verbrennen unserer Nationalfahne dar. Die Schweizer Demokraten verlangen die sofortige Absetzung dieses Schandstücks und prüfen die Möglichkeit, eine Strafklage gegen die Autoren des Stücks sowie gegen die EXPO.02-Leitung einzureichen.

28.6.02 SD-Protestaktion gegen skandalöse 1. August-Feier an der Expo 02

Angeführt von SD-Nationalrat und –Parteisekretär Bernhard Hess planen die Schweizer Demokraten (SD), anlässlich der skandalösen Aufführung der anarchistischen Theatergruppe 400 ASA an der Expo 02 eine friedliche Protestaktion mit dem Titel «Ein Herz für die Schweiz» durchzuführen.

Die SD haben deshalb heute bei der Expo 02-Direktion ein Gesuch zur Durchführung einer friedlichen Protestkundgebung gegen die skandalöse, schweizerfeindliche Theateraufführung der Reitschul-Theatergruppe 400 ASA beantragt.

Besonders skandalös empfinden die SD den Umstand, dass im offiziellen Festspiel zum 1. August an der Expo 02 keine Schweizer Fahnen geduldet werden. Damit die Expo 02 am Nationalfeiertag aber nicht wie angekündigt zu einer «schweizerfahnen-freien Zone» verkommt, planen die Schweizer Demokraten mit ihrer Aktion, an 500 Besucherinnen und Besucher einen 1.August-Weggen mit Schweizerfahne abzugeben. Kinder sollen zudem Ballone mit Schweizerkreuz, Erwachsene Fähnchen und Aufkleber mit dem Slogan «ein Herz für die Schweiz» erhalten.

Mit ihrer sympathischen Aktion wollen die SD anlässlich der 1. August-Feier an der Expo 02 eine ähnlich fröhliche und patriotische Stimmung erreichen, wie sie jeweils an Fussball- und Eishockeyspielen herrscht. Jedenfalls werden es die SD niemals zulassen, dass irgendwo in der Schweiz am Nationalfeiertag ganz offiziell keine Schweizer Fahnen geduldet werden.

4.5.02 SD-Delegiertenversammlung in St. Gallen: Rudolf Keller glanzvoll als SD-Präsident bestätigt

Die 96 anwesenden SD-Delegierten haben in St. Gallen den bisherigen Zentralpräsidenten **Rudolf Keller**, Frenkendorf BL, einstimmig wiedergewählt. Keller ist seit 1986 im Amt. Anstelle von **Lonny Flückiger**, Cernier NE, wurde Nationalrat **Bernhard Hess**, Bern, als erster Zentralvizepräsident bestätigt. Neu als zweite Vizepräsidentin wurde die Gemeindevizepräsidentin von Rekingen/AG **Lidwina Wiederkehr** gewählt.

Zudem haben die SD-Delegierten folgende Parolen für die Volksabstimmung vom 2. Juni gefasst:

Schwangerschaftsabbruch / Fristenlösung

Stimmfreigabe

Initiative «für Mutter und Kind»

Stimmfreigabe

Die **Stiftung «solidarische Schweiz»** lehnen die SD **einstimmig ab**. Diese sei einzig auf erpresserischen Drucks gewisser Kreise aus dem Ausland entstanden. Hingegen **unterstützen** die SD-Delegierten fast einstimmig die **Goldinitiative**. Über beide Vorlagen wird am 22. September abgestimmt.

16.4.02 SD und Lega lehnen weitere bilaterale Verhandlungen mit der EU ab

Die Schweizer Demokraten (SD) und die Lega dei Ticinesi, als Urheber des Referendums gegen die ersten bilateralen EU-Verträge, fordern den Bundesrat auf, die zweite Runde der bilateralen Verhandlungen mit der EU unverzüglich einzustellen.

Der Beitritt der Schweiz zu Schengen liegt keineswegs im Interesse unseres Landes, weil damit die innere Sicherheit geschwächt würde. Die Abschaffung der Grenzkontrollen und der Ersatz durch die so genannte Schleierfahndung sind der inneren Sicherheit in der Schweiz abträglich. Insbesondere werden die gravierenden Nachteile beim Grenzschutz auch durch den Zugang zu Informationssystemen wie Schengen oder Dublin keinesfalls wettgemacht. Die Forderung nach einem Schengen-Beitritt dient einzig dem Ziel, diese Hürde für einen EU-Beitritt der Schweiz aus dem Weg zu räumen.

Zudem gibt es von Schweizer Seite gegenwärtig überhaupt keine Forderungen an die EU, welche Verhandlungen über das Bankkundengeheimnis rechtfertigen würden. SD und Lega stellen sich ohne Wenn und Aber hinter das Bankkundengeheimnis. Jegliche Verhandlungen über eine Aufweichung des Bankgeheimnisses sind deshalb abzulehnen.

Giuliano Bignasca

, NR Lega

Flavio Maspoli , NR Lega

Bernhard Hess, NR SD

22.3.02 Schweizer Demokraten (SD) distanzieren sich vom Bergier-Bericht

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Bergier-Flüchtlingsbericht als einseitig, selbstgerecht und parteiisch. Insbesondere linke Historiker aus dem In- und Ausland massen sich an, aus heutiger Sicht über die damalige Schweiz und die verantwortlichen Behörden zu Gericht zu sitzen.

Der Bericht verkennt, dass die verantwortlichen Behörden und das Schweizer Volk unter schwierigsten Umständen eine hervorragende Gesamtleistung erbracht haben. Sie haben unser Land und seine Bevölkerung – darunter auch 300'000 Internierte und Flüchtlinge – vor den Schrecken des Krieges und der möglichen Besetzung, vor Tod, Hunger und Elend bewahrt. **Insbesondere unterschlägt der parteiische Bergier-Bericht auch, dass die Schweiz während dem Zweiten Weltkrieg mehr jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land.**

Der Bergier-Flüchtlingsbericht wird der damaligen äusserst schwierigen Kriegs-Situation keineswegs gerecht. Die SD fordern den Bundesrat deshalb eindringlich auf, diesen einseitigen Bericht zurückzuweisen und insbesondere auf erneute Entschuldigungen und auf Büssertum zu verzichten.

26.1.02: 2 x Nein der Schweizer Demokraten

An ihrer Zentralvorstandssitzung vom 26. Januar 2002 in Bern haben die Schweizer Demokraten die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März gefasst. Nicht überraschend haben die SD einstimmig die Nein-Parole zur UNO-Beitritts-Initiative beschlossen. Die UNO ist weder mit der Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz noch mit unserer direkten Demokratie vereinbar. Ebenso einstimmig wurde die Nein-Parole zur Initiative "für eine kürzere Arbeitszeit" beschlossen. Es würde ein Mangel an Arbeitskräften entstehen, der durch weitere Massen-Einwanderung kompensiert werden müsste.